

Für mehr bezahlbaren Wohnraum in Potsdam

Antrag von Christian Schirrholtz und Dittmar Zengerling
an die Gesamtmitgliederversammlung am 21.11.2015

Vor 2 Monaten hat die Stadtverordnetenversammlung ein „Wohnungspolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Potsdam“ angenommen. In diesem Konzept sind viele Standpunkte und Handlungsempfehlungen der LINKEN, des Deutschen Mieterbundes und weiterer sozial engagierter Kräfte zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum enthalten.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat unabhängig von der Bundes- und Landesförderung des sozialen Wohnungsbaus zwei Stellschrauben. Die erste besteht in der Einflussnahme auf das Agieren des kommunalen Wohnungsunternehmens ProPotsdam und die zweite in der Handhabung der Grundstücks politik. Der Handlungsdruck wird durch das Problem der wachsenden Stadt noch verstärkt. Wachstum erfordert Neubau. Aber Neubau durch private Investoren führt nicht zum Freiwerden preiswerter Wohnungen.

Die ProPotsdam ist mit einem Anteil von 20 % am Wohnungsbestand der wichtigste Anbieter von bezahlbarem Wohnraum in Potsdam.

Ausgehend von dieser Position wird im „Wohnungspolitischen Konzept der Landeshauptstadt Potsdam“ auf Seite 54 folgende Handlungsorientierung abgeleitet:

Bei der strategischen Ausrichtung von Unternehmenszielen der ProPotsdam wird die Sicherung von „Bezahlbarkeit“ stärker als bisher als Ziel berücksichtigt.

Als konkrete Maßnahme wird die Erweiterung des Wohnungsbestandes der ProPotsdam durch Zukauf von Bestandsobjekten und Wohnungsneubau benannt.

Wir sehen in dieser Maßnahme nicht nur eine Maßnahme unter vielen, sondern den Hauptweg der Landeshauptstadt Potsdam zur ausreichenden Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum.

Des Weiteren bedarf es einer nachhaltig-sozial ausgerichteten Grundstücks politik. Im Falle von Grundstücksverkäufen fordern wir die stärkere Berücksichtigung sozialer Aspekte und die Abkehr vom Höchstpreisgebot.

Die Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE.Potsdam erteilt der Stadtfraktion den Auftrag, diese beiden Handlungsorientierungen aktiv zu befördern.

Begründung:

Es genügt nicht, ein Konzept zu haben. Papier ist geduldig. Eine Umsetzung erfolgt nicht im Selbstlauf, sondern erfordert Handlungswillen, neue Lösungsvorschläge, energischen Einsatz und Ausdauer.

Als Mitglieder der ehemaligen Arbeitsgemeinschaften „Stadtentwicklung“ und „Die StadtentwicklerInnen“ nehmen wir erfreut zur Kenntnis, dass unsere vor 3 Jahren abgegebenen Handlungsorientierungen nun Bestandteil eines wohnungspolitischen Konzeptes der Landeshauptstadt Potsdam sind. Diese beiden hier dargelegten Handlungsorientierungen wurden vor der Kommunalwahl von der Stadtfraktion und den Aufsichtsräten der Potsdamer LINKEN noch nicht vollständig mitgetragen. Es wurden Bedenken vorgetragen. Diese Bedenken gibt es aber nur im Rahmen der alten strategischen Ausrichtung der Unternehmensziele der ProPotsdam. Nun gilt es, die strategische Zielsetzung der ProPotsdam neu auszurichten.

Mit unserem Antrag wollen wir der Stadtfraktion ein starkes Mandat des Potsdamer Kreisverbandes zur Umsetzung an die Hand geben.